

vorwärts EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG



FOTO: IVNN SIGEL

WIR ALLE TRETEN KRÄFTIG IN DIE PEDALE, DAMIT DER BUNDESTAGSWAHLKAMPF FÜR DEUTSCHLAND EINE GUTE UND HANDLUNGSKRÄFTIGE REGIERUNG BRINGT – HIER UNSERE FREIBURGER KANDIDATIN JULIA SÖHNE ZUSAMMEN MIT ANDREAS STOCH.

ZUM GREIFEN NAH!

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

wenn diese Ausgabe erscheint, sind auch in Baden-Württemberg die Sommerferien vorbei. Ich hoffe, Ihr habt ein halbwegs sommerliches Plätzchen zum Ausspannen gefunden, denn bei uns im Südwesten ist dieser Sommer ja doch weitgehend ins Wasser gefallen. Da hilft nur, an die Natur zu denken, denn nach vielen heißen und zu trockenen Jahren war all der Regen eine Wohltat für das Land – zumal Baden-Württemberg in Sachen Unwetter noch mit einem blauen Auge davongekommen ist. Auch dafür darf man mit einem Blick auf unsere Nachbarn in Rheinland-Pfalz sehr dankbar sein.

Aber auch für uns als SPD liegt ein guter Sommer hinter uns, ein sehr guter Sommer sogar. Wer von uns hat nicht fast schon ungläubig auf die Umfragewerte geschaut? Im Ringen um die stärkste Kraft im nächsten Bundestag sind wir wieder voll dabei – und wenn man den Umfragen glaubt, könnten wir sogar die stärkste Kraft werden. Wer hätte das noch Anfang des Jahres für möglich gehalten?

Unser Ziel war und ist ehrgeizig: Wir wollen eine neue Bundesregierung, in der die SPD den Ton angeben kann, für Erneuerung und eine Zukunft, in die wir alle mitnehmen und niemand auf der Strecke bleibt. Eine Regierung mit Lust auf Morgen, die nicht bremst, wenn es vorangehen muss. Und eine Regierung, die Ziele erreicht, weil sie anpacken und gestalten kann.

SO VIEL SPD WIE MÖGLICH!

Viele von uns haben große Zweifel, dass man für so eine Regierung weiter mit der CDU zusammenarbeiten kann, erst recht in einer Zeit nach Angela Merkel. Und gerade wir in Baden-Württemberg wissen doch nur zu gut, dass eine grüne Regierung noch lange nichts grüner macht. Erst Recht nicht, wenn sich die Grünen mit der CDU zusammentun.

Deswegen braucht es so viel SPD wie möglich. Und es sieht gut aus, sehr gut sogar. Und wenn ich im Land unterwegs bin, erlebe ich, was die guten Umfragewerte bedeuten: Da geht es um viele Kandidatinnen und Kandidaten, für die ein Mandat ein erreichbares Ziel geworden ist. Und es ist fantastisch, mit diesen Genossinnen und Genossen

Wahlkampf zu machen, weil ihre Motivation schlicht ansteckend ist.

Genau das wünsche ich uns allen in diesen letzten Tagen vor der Bundestagswahl. Was wir wollen, wofür wir arbeiten, anpacken und überzeugen wollen – all das ist noch lange nicht geschafft und leicht ist es auch nicht. Aber wir erleben, dass wir es zusammen erreichen können. Mit Olaf Scholz, mit der SPD, mit unseren Überzeugungen und unseren Ideen. Mit all dem, was wir können.

AUF ZUM SCHLUSSSPURT!

Unser Ziel ist zum Greifen nahe. Also packen wir alle zu. Auf einen furiosen Schlusspurt in diesem Wahlkampf!

Euer Andreas Stoch

WAS BRINGT DAS PROGRAMM DER SPD ZUR BUNDESTAGSWAHL SPEZIELL FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG?

MIT WELCHEN ARGUMENTEN KÖNNEN WIR UNENTSCHLOSSENE WÄHLERINNEN UND WÄHLER IM PERSÖNLICHEN GESPRÄCH GEWINNEN?

ANTWORTEN FINDET IHR AUF DEN FOLGENDEN SEITEN.

IM SÜDWESTEN NICHTS NEUES

Seit einigen Monaten ist Winfried Kretschmann erneut im Amt, Grüne und CDU stellen wieder die Landesregierung. Bis jetzt sieht die Bilanz sehr mau aus – obwohl doch vom „echten Aufbruch“ die Rede war. Die vergangenen fünf Jahre in Baden-Württemberg haben uns gezeigt, dass mit Schwarz-Grün oder auch einer Jamaika-Koalition keine Zukunft zu machen ist, weder im Land noch im Bund.



FOTO: LANDESGEBIRG BADEN-WÜRTTEMBERG

Die schnelle Umsetzung der Wahlrechtsreform fürs Wählen ab 16 und mehr Frauen im Parlament stand ganz oben auf der Prioritätenliste und war für die ersten hundert Tage angekündigt. Klar, schließlich feilen die Grünen emsig an ihrem Image einer jungen, dynamischen, diversen Partei. Ihr Versprechen haben sie jedoch gebrochen, die Wahl-



rechtsreform kam nicht wie geplant. Aber dass es auch bei den Grünen langsam und konservativ zugeht, ist für die Menschen in Baden-Württemberg keine Überraschung. Doch es ist nicht mehr nur Kretschmann: Auch der grüne Wahlwerbespot „Ein schönes Land“ erntete zuletzt Häme mit seiner Anbiederung ans konservative Milieu.

Einzig am Geld scheitert's sowieso nicht. Es liegt auch an den ewigen Zoffs und Blockaden: Zuletzt forderte die grüne Umweltministerin Thekla Walker 500 Windräder im Staatswald – besser später als nie. Der CDU-Landwirtschaftsminister Peter Hauk hielt dagegen, wollte erstmal andere Landesflächen suchen (übrigens genau der Peter Hauk, dem längst seine Zuständigkeit für Tierschutz entzogen gehört, nach mehreren Tierschutzskandalen im Land).



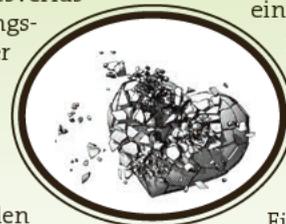
Dass es für mehr Klimaschutz weder ein Sofortprogramm gibt, noch sich sonst irgendetwas tut, darf einen laut Kretschmann aber nicht wundern, man könne ja nicht in den ersten hundert Tagen einer Regierung ändern, dass es von der Planung eines Windrads bis zum Bau sieben (!) Jahre dauere. Vielleicht muss jemand Kretschmann nochmal daran erinnern, dass er nicht erst seit Mai regiert?

Wunschlisten und Versprechen sollen die tiefen Risse zwischen Grün und Schwarz kitten. Ebenso wie mehr Posten für die eigenen Leute. Aus vier Staatssekretär*innen unter Grün-Rot sind mittlerweile 14 geworden. Diese kosten Geld – Geld, das im Umkehrschluss nicht für Klimaschutz, bezahlbaren



Wohnraum oder Bildung ausgegeben wird. Während diese Investitionen in unsere Zukunft im Koalitionsvertrag unter Haushaltsvorbehalt stehen, werden schon mal 3,5 Millionen Euro mehr für Landesbeauftragte ausgegeben als noch letzte Legislaturperiode.

Und dann ist da noch die liebe Moral: Um weitere lästige Wahlgänge zu verhindern, hieften CDU und Grüne kurzerhand einen AfD-Abgeordneten mit Ja-Stimmen und Enthaltungen ins Landesverfassungsgericht. Verfassungsfeinde haben dort aber nichts zu suchen, und der Kampf gegen Rechts duldet keine Bequemlichkeit.



Nach wie vor werden in Baden-Württemberg gut integrierte Geflüchtete oder Schüler*innen direkt aus der Schule abgeschoben. Worin Grün-Schwarz den „echten Aufbruch“ der neuen Regierung sieht, wurde auch in einer verantwortungslosen Ankündigung des stellvertretenden

Ministerpräsidenten deutlich: Thomas Strobl will mehr Abschiebungen ins Bürgerkriegsland Syrien ermöglichen. Damit werden Menschen aus Baden-Württemberg in ein Land zurückgeschickt, in dem ihnen durch das Assad-Regime Tod, systematische Folter und unrechtmäßige Haft drohen.

Ein Landesprogramm zur Aufnahme von Menschen aus Afghanistan scheiterte im August am unanständigen „2015 darf sich nicht wiederholen“-Wahlkampf der CDU und der Unfähigkeit der Koalition, sich zur Rettung von Menschenleben schnell zu einigen.

RICHTIG GUTE KONZEPTE FÜR DIE



Wir fordern, den **MINDESTLOHN** anzuheben – das betrifft auch in Baden-Württemberg nicht wenige Menschen: Jede*r fünfte Beschäftigte hat im Jahr 2018 weniger als

12 EURO PRO STUNDE verdient. Das sind etwa

1 MILLIONEN MENSCHEN!

Ein wichtiger Beitrag zu mehr Gerechtigkeit also.



Wir wollen für alle geeigneten Dächer eine

SOLARANLAGE.

In einem ersten Schritt sorgen wir dafür, dass auf öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten Solar-Strom erzeugt wird.

Unser Ziel ist eine Solaranlage

**AUF JEDEM SUPERMARKT,
AUF JEDER SCHULE UND
AUF JEDEM RATHAUS.**

Dazu ein kleines Gedankenspiel: in Baden-Württemberg gibt es rund 3.500 öffentliche Schulen, mehr als 1.000 Bürgermeister*innen und etwa 5.000 Betriebe „mit Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel“ – da kann eine Menge nachhaltiger Solarstrom zusammenkommen!

**AUS RESPEKT
VOR DEINER
ZUKUNFT.**

**DAS ZUKUNFTSPROGRAMM
DER SPD**

WOFÜR WIR STEHEN. WAS UNS ANTREIBT.
WONACH WIR STREBEN.



SPD Soziale
Politik für
Dich.

Wer's genau wissen will – unter www.spd.de/zukunftsprogramm/ kann das Programm heruntergeladen werden – in ganzer Länge, als Kurzfassung und auch in einfacher Sprache.



Zur Stärkung von Familien wollen wir

DAS NEUE KINDERGELD

introduce, das sich nach dem Einkommen richtet und existenzsichernd ist.

Selbst in einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg ist nahezu jedes fünfte Kind oder Jugendlicher arm oder armutsgefährdet.

MENSCHEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG



Für den baden-württembergischen

MASCHINENBAU

sind die von uns geplanten Investitionen in Wissenschaft und Forschung sowie in eine hochmoderne Infrastruktur besonders wichtig.

Die Hälfte der teuersten dreißig Städte liegen in Baden-Württemberg, immer mehr Menschen geben mehr als 30 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen aus.

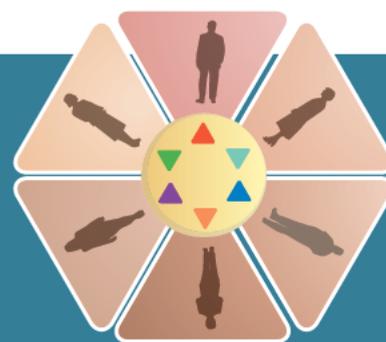
Für mehr

BEZAHLBAREN WOHNRAUM

sollen deshalb

400.000 NEUE WOHNUNGEN

pro Jahr in Deutschland entstehen. Allein in Baden-Württemberg müssten einer Studie zufolge etwa 40.000 Wohnungen jährlich gebaut werden, um den Bedarf zu decken.



Außerdem soll die Arbeitslosenversicherung zu einer

SOLIDARISCHEN ARBEITS- UND BILDUNGS-VERSICHERUNG

umgebaut werden. So schaffen wir ein Weiterbildungsnetz, um alle im Strukturwandel hin zu einer klimaneutralen Zukunft mitzunehmen.

SO VIEL SOZIALE POLITIK HABEN WIR FÜR DICH SCHON DURCHGESETZT

„Profillos“, „un glaublich“, „konnte sich nicht gegen die CDU durchsetzen“ – haben wir alles schon mal gelesen oder gehört. Da ist es manchmal gut, die passenden Fakten parat zu haben: Eine Auswahl der sozialen Politik, die wir für dich in den letzten Jahren durchgesetzt haben.



Wir haben 2018 **REGIERUNGS-VERANTWORTUNG** übernommen, als sich andere vor der Verantwortung gedrückt haben.



2021 haben wir das **KLIMASCHUTZGESETZ** nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den neuen EU-Klimazielen novelliert. Die Union wollte im ursprünglichen Gesetz keine CO₂-Minderungsziele für die Zeit nach 2030 festlegen, wir schon. Das Urteil stärkt uns den Rücken für engagierten Klimaschutz.



Wir haben den **SOLI ABGESCHAFFT** für 90 Prozent aller Steuerzahlenden, nur Menschen mit Spitzeneinkommen zahlen ihn noch. Das ist gerecht. Außerdem wird die Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen von den Arbeitgebenden und den Beschäftigten gezahlt.



Dank unserer **MINDESTAUSBILDUNGS-VERGÜTUNG** werden Auszubildende nun besser entlohnt. Außerdem haben wir die Leistungen des Bafög für Studis erhöht.



Gegen den Willen der CDU/CSU kam die **GRUNDBRENTE**: Wer 35 Jahre oder länger gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt, aber wenig verdient hat, bekommt eine Aufstockung. Ein wichtiger Beitrag gegen Altersarmut, von dem rund 1,3 Millionen Menschen profitieren.



Gegen den Widerstand der Union kam die **PFLEGEREFORM**: Wir haben damit die Tarifbindung in der Pflege gestärkt und die Löhne verbessert. Ebenso entlastet die Reform Pflegebedürftige und ihre Angehörigen finanziell.



Die **CORONA-POLITIK** trägt unsere sozialdemokratische Handschrift: Das Kurzarbeitergeld rettet 2,2 Millionen Arbeitsplätze, Olaf Scholz brachte als Finanzminister den größten Wiederaufbau-Fonds in der EU-Geschichte auf den Weg.



Die **FRAUENQUOTE** für Vorstände haben wir mit viel Hartnäckigkeit gegenüber der CDU/CSU erkämpft.



Das **LOBBYREGISTER** kommt, mit einer Registrierungs- und Transparenzpflicht für Lobbyist*innen. Die CDU/CSU gab ihren Widerstand dagegen nach der Bekanntwerdung von Maskendeals, Aserbaidshan-Affären & Amthor-Skandal gezwungenermaßen auf.



Mit dem **INSEKTENSCHUTZGESETZ** haben wir ein Verbot der Verwendung von bestimmten Schädlingsbekämpfungsmitteln in Schutzgebieten durchgesetzt.

DIESE UND VIELE WEITERE ERFOLGE sind unser größter Ansporn, in den kommenden Jahren weiterzumachen. Sie machen aber auch deutlich: Für ein gerechtes und zukunftssicheres Land braucht es eine Bundesregierung ohne Beteiligung der Union. Dafür kämpfen wir gemeinsam.

Die Sommerpause fällt 2021 aus in der Landtagsfraktion. Nicht nur wegen des gemeinsamen Wahlkampfs, sondern auch wegen viel Hintergrundarbeit, meint SPD-Fraktionschef Andreas Stoch. Und dann ist da noch ein Thema, das der Regierung erst gar nicht eilig war und nun umso mehr...

Das Parlament mag Pause machen, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aber nicht. So sieht es zumindest bei der SPD-Fraktion aus. Das hat im Sommer 2021 natürlich auch mit dem Wahlkampf zu tun: Die SPD hat die Chance, die stärkste Kraft im nächsten Bundestag zu werden, das befeuert die Motivation und bringt auch in der Fraktion alles auf die Beine.

Doch auch in der Landespolitik und der Oppositionsarbeit ist die parlamentarische Sommerpause keine Phase, in der nicht gearbeitet wird. Wohl ist es aber eine Phase, in der man einmal hinter die Kulissen der Landtagsarbeit blicken kann. Allein im August haben die Abgeordneten der SPD mehr als drei Dutzend Anträge eingebracht, eine große Zahl von kleinen Anfragen kommt noch dazu.

Nicht jede dieser Initiativen schafft es in die überregionalen Schlagzeilen, doch der Ausbau einer Landesstraße kann vor Ort enorm wichtig sein. Überhaupt zeigen die Anträge, wie weit das Feld ist, auf dem man in einem Landtag unterwegs ist. Thematisch ging es zum Beispiel (wieder nur im August) um die Sicherung des Unterrichts im neuen Schuljahr, um Impfungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, um die Grundsteuer C, um Opfer- und Traumaambulanzen, Ladesäulen für Elektrofahrzeuge und die Ausbreitung des Bibers, beschleunigte Verfahren und die Einstellung in den Polizeidienst...

Und wichtige Themen machen nun einmal auch keine Sommerpause, auch wenn die Landesregierung sich das manchmal zu wünschen scheint. So erleben wir es nun auch wieder beim Thema Wahlrecht. Als SPD arbeiten wir für ein Wahlrecht ab 16, und nichts Anderes hatte der Gesetzentwurf zum Ziel, den die SPD-Fraktion im Juli im Landtag auf den Weg brachte. Ganz nebenbei: Es war der erste Gesetzentwurf, der in dieser Legislaturperiode überhaupt vorgelegt wurde, die aufgewärmte grün-schwarze Landesregierung hatte da noch nichts zuwege gebracht.

Spannend, dass Grüne und CDU den Antrag natürlich ablehnten. Spannend nicht nur, weil beide Fraktionen das

KEINE ZEIT FÜR PAUSEN

SCHWARZ-GRÜN REGIERT BISHER, ALS WÜRDIE DIE SOMMERPAUSE FÜNF JAHRE LANG DAUERN. WIR DAGEGEN HANDELN.



IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg

Verantwortlich:

Nicole Matthöfer

Redaktion:

Hendrik Rupp

Anschrift:

SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon

0711 2063-711/781

zentrale@

spd.landtag-bw.de

www.spd.landtag-bw.de

facebook.com/

spdlandtagbw

twitter.com/

spdlandtagbw

instagram.com/

spdlandtag_bw

Wählen ab 16 ausdrücklich in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hatten, sondern spannend auch, dass es hieß, man wolle diesen Punkt in den ersten 100 Tagen der neuen Legislatur erledigen. Nichts davon ist geschehen, und das erneuert unsere Sorgen, wenn es um die Ziele und Versprechen von Winfried Kretschmanns letzter Regierung geht: **Den Worten folgen keine Taten, und die erstaunliche inhaltliche Geschmeidigkeit der CDU mag schlicht einer guten Dosis Bauernschläue geschuldet sein: „Bei der Grünen kann man viel abnicken, da wird ja eh nichts draus.“**

Tatsächlich haben Grüne und CDU im Juli auch betont, es gehe ihnen alles zu schnell bei der SPD und es gebe gar keinen Grund zur Eile, die nächste Landtagswahl sei ja erst in fünf Jahren. Doch bei der auch im Medienecho sehr durchwachsenen 100-Tage-Bilanz stieß das Thema Wahlrecht immer wieder sauer

auf. Gerade, weil Grün-Schwarz so klare und konkrete Versprechen gemacht hatte. Wird erledigt, in 100 Tagen. Nichts davon wurde eingelöst, alles, was erledigt wurde war, gegen den Entwurf der SPD zu stimmen.

Das negative Echo auf diesen Wortbruch scheint allerhand Panik ausgelöst zu haben. Zuletzt jedenfalls konnte es den Regierungsfractionen gar nicht mehr schnell genug gehen: Mitten in der berühmten Sommerpause sollten Termine für große Aussprachen auch mit der SPD gefunden werden, weil doch die Zeit so eile. Man erinnere sich: Noch vier Wochen vorher ging es angeblich zu schnell... Man hört nicht auf, sich zu wundern.

Nicht aufhören wollen wir aber damit, an diesem Thema dran zu bleiben und eine Wahlrechtsreform für Baden-Württemberg gut und zukunftsfähig mitzugestalten. **Das schulden wir nicht nur den jungen Menschen, deren großes politisches Engagement wir nicht übergehen dürfen. Das schulden wir auch unserem Ziel, viel mehr Frauen in den Landtag zu bekommen.** Baden-Württemberg soll nicht von einem „Männerparlament“ regiert werden. Wir erleben aber in unserer eigenen Fraktion (auch zu viele Männer, gar keine Frage), dass es im aktuellen Wahlrecht gar nicht so einfach ist, hier ein vernünftigeres Verhältnis herzustellen. Auch hier birgt eine Wahlrechtsreform große Chancen, die wir nutzen wollen.

Eine große Wahlrechtsreform ist denn auch ein wichtiges Thema auf der Klausurtagung, zu der die SPD-Fraktion im September in Heidenheim zusammenkommt. Und im Sinne eines besseren Wahlrechts, im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit und im Sinne aller jungen Menschen, denen ein Wahlrecht ab 16 Jahren zusteht, hoffen wir, dass nicht nur die SPD, sondern auch die Landesregierung auf diesem Weg vorankommt. Auch bei diesem Thema gilt: **Fünf Jahre grün-schwarze Sommerpause kann unser Land nicht brauchen.**

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD

IST ZUSAMMEN LERNEN DAS BESSERE PÄDAGOGISCHE KONZEPT?

ANDREAS STOCH IM GESPRÄCH MIT SCHÜLERINNEN DER GEMEINSCHAFTSSCHULE BAD SCHÖNBORN

Die Gemeinschaftsschule war von vielen in den letzten Jahren bildungspolitisch sehnsüchtig erwartet worden. Die individuelle und differenzierte Förderung von Schüler*innen und Ganztagsunterricht sollten unser Bildungssystem gerechter machen und soziale Grenzen abbauen. Es gab aber auch Kritik an der Idee der Gemeinschaftsschulen: Konkurrenz zu den anderen Schularten und die Unterscheidung von Lernniveaus, die weiterhin besteht. Ist zusammen lernen wirklich das bessere pädagogische Konzept?

Unser Landes- und Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch findet es am besten, darüber mit den Menschen zu sprechen, die auf einer Gemeinschaftsschule waren und von persönlichen Erfahrungen berichten können. Dafür hat Andreas Stoch zwei Schülerinnen eingeladen: Alessia Imperiale und Lea Zimmermann-Häfner, die auf der Gemeinschaftsschule Bad Schönborn vor Kurzem ihren Realschul-Abschluss gemacht haben.



ANDREAS STOCH: Mich interessiert, wie ihr eure Schulzeit auf der Gemeinschaftsschule erlebt habt. Ich weiß aus meiner eigenen Schulzeit, dass Schule nicht jeden Tag pure Begeisterung auslöst, aber diese Zeit prägt uns doch sehr. Wie seid ihr dazu gekommen, auf eine Gemeinschaftsschule zu gehen? Und vor allem: Wie geht es bei euch weiter? Erzählt doch mal.

ALESSIA IMPERIALE: Zuallererst muss ich sagen, es war damals die beste Entscheidung, auf die Gemeinschaftsschule zu gehen. Ich war in der Grundschule nicht die stärkste Schülerin und vermutlich wäre es auf der Realschule

so weitergegangen. Ich hatte eine Realschul-Empfehlung, hab mich aber für die Gemeinschaftsschule entschieden. Dort habe ich mich sehr schnell sehr wohl gefühlt. Die letzten fünf Jahre dort waren wirklich toll. Eigentlich fand ich alles gut an der Gemeinschaftsschule, vom Lernen her, die Arbeiten. Es gab zum Beispiel bis zur achten Klasse keine Noten. Das hat mir damals sehr geholfen und ich konnte mich hocharbeiten, aufs Gymnasium-Niveau.

LEA ZIMMERMANN-HÄFNER: Ich kam aus Zufall auf die Gemeinschaftsschule. Ich hatte damals auch eine Realschul-Empfehlung. Ich war auch nicht die beste Grundschülerin. Ich konnte anfangs nur schwer lernen und gegen Ende wurde es immer besser. Und da hat die Gemeinschaftsschule schon sehr geholfen.

ANDREAS STOCH: Als ihr euch für diese Schulart entschieden habt, gab es die Gemeinschaftsschule noch nicht so lang. Manche Eltern konnten sich damals unter dem pädagogischen Konzept gar nicht so viel vorstellen. Was haben eure Eltern damals gesagt?

ALESSIA IMPERIALE: Meine Eltern waren sehr offen, vor allem für das Konzept. Wir waren damals beim Tag der offenen Tür und haben uns das angeschaut. Das Konzept hat sie dann fasziniert, das fanden sie gut.

LEA Z-HÄFNER: Das war bei meinen Eltern genauso. Die waren von Anfang an komplett begeistert von der Gemeinschaftsschule und waren echt froh, dass ich dann auf einer war.

ANDREAS STOCH: Was ist mit eurem Umfeld? Es gab bestimmt nicht sonderlich viele, die schon Erfahrungen mit Gemeinschaftsschulen gemacht haben. Gab es Fragen, zum Beispiel was an Gemeinschaftsschulen anders ist? Gab es Vorurteile?

ALESSIA IMPERIALE: Vorurteile gab es bei älteren Leuten aus meiner Familie, die das Konzept nicht verstanden haben. Die konnten sich nicht vorstellen, dass da Schüler*innen mit Hauptschul-Niveau, Realschul-Niveau und Gymnasial-Niveau zusammenarbeiten. Es herrschte

das Vorurteil, dass Leute untergehen würden, weil man entweder mehr auf die Stärkeren guckt oder eher auf die Schwächeren. Ich hab es immer wieder erklärt und am Ende haben sich die Vorurteile dann auch gelegt. Die Leute haben gesehen, dass ich dort sehr gut zurechtkam und gute Noten geschrieben habe.

LEA Z-HÄFNER: Von der Realschule bei uns im Ort gab es auch ständig Vorurteile. Die konnten uns nicht so richtig leiden. Und dass man auch auf der Gemeinschaftsschule einen Abschluss auf Realschul-Niveau machen kann.

ANDREAS STOCH: Wie soll es jetzt bei euch weitergehen? Was habt ihr vor?

ALESSIA IMPERIALE: Ich mache jetzt mein Abitur. Ich habe mich am beruflichen Gymnasium beworben und eine Zusage bekommen. Ich werde ab September in Bruchsal auf ein Gymnasium gehen und danach vielleicht studieren.

LEA Z-HÄFNER: Ich habe mich auch auf dem beruflichen Gymnasium angemeldet, aber leider keinen Platz bekommen, weil das sehr beliebt war. Jetzt mach ich ein FSJ und melde mich nächstes Jahr noch einmal am Gymnasium an, um dann zu studieren.

ANDREAS STOCH: Die Gemeinschaftsschulen brauchen ja auch entsprechende Räume. Man ist nicht nur im Klassenzimmer, sondern hat Lerngruppen und so weiter. Wie wart ihr da an eurer Gemeinschaftsschule ausgestattet?

LEA Z-HÄFNER: Am Anfang hatten wir genug Platz und jede Schülerin und jeder Schüler hat auch einen Platz gefunden hat, um allein für sich zu lernen. Aber am Ende nicht mehr.

ALESSIA IMPERIALE: Genau, es gab leider Verzögerungen beim Anbau.

LEA Z-HÄFNER: Die Gemeinde hat sich da quergestellt, weil sie es nicht für nötig gehalten hat, einer Gemeinschaftsschule einen Anbau zu geben. Die Realschule hat ihn vor uns bekommen. Der Anbau ist jetzt genehmigt. Wir hoffen, dass er jetzt schnell kommt.

ANDREAS STOCH: Zum Abschluss inte-

ressiert mich wie ihr die Corona-Zeit erlebt habt. Ich hab das am eigenen Leib gespürt – ich habe selbst noch zwei Töchter, die in die Schule gehen – die letzten eineinhalb Jahre waren schwierig. Wie war das bei euch?

ALESSIA IMPERIALE: Trotz der Bedingungen wurden wir gut vorbereitet auf die Prüfungen. Das war wirklich eine Leistung unserer Lehrer*innen. Es war eine Herausforderung für uns und unsere Lehrkräfte, aber wir haben es gemeinsam durchgestanden und es hat zum Glück alles funktioniert.

GEMEINSCHAFTSSCHULEN

wurden in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2012/2013 durch die grün-rote Landesregierung eingeführt.

IN ZAHLEN: über 300 öffentliche Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg

DAS ZIEL: Bildungssystem sozial gerechter machen

DAS KONZEPT: individuelle und differenzierte Lernmöglichkeiten führen zu allen Abschlüssen • Ganztagesunterricht • Lerngruppen statt Klassen

ANDREAS STOCH: Für die Lehrer*innen war die Pandemiezeit eine Herkules-Aufgabe, vor allem aber auch für die Schülerinnen und Schüler. Gerade bei der Prüfungsvorbereitung unter Corona-Bedingungen Disziplin zu haben, ist eine tolle Leistung. Dazu will ich euch gratulieren.

Das gesamte Interview kann auf dem Instagram-Kanal von Andreas Stoch (@andreas.stoch) in den IGTV-Berträgen angeschaut werden.

ANDREAS STOCH UND SASCHA BINDER TOUREN IM SOMMER DURCH DIE WAHLKREISE

Von Juli bis September sind **Andreas Stoch**, Landes- und Fraktionsvorsitzender, und **Sascha Binder**, Generalsekretär, viel im Land unterwegs. Beide nutzen die Monate und Wochen vor der Bundestagswahl, um die Kandidierenden vor Ort zu unterstützen und Impulse für die Arbeit im Land mitzunehmen.

Die Aufgabe unserer zukünftigen Bundestagsabgeordneten wird unter anderem darin bestehen, Politik für die Menschen in ihren Heimatregionen zu machen. Neben zahlreichen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern machten sie deshalb Station bei örtlichen Unternehmen, Vereinen und Organisationen. Dabei wurden immer wieder die gemeinsamen Schnittstellen von Bundes- und Landespolitik deutlich. Das waren die Top-Themen der Sommertouren:



> ISABEL CADEMARTORI

GESPRÄCHE MIT BÜRGER*INNEN

Ein wichtiger Teil der Sommertouren waren Gespräche mit Bürger*innen, sei es bei Tür-zu-Tür-Besuchen, an Infoständen oder auf Festen für Helfer*innen. So klopfte Sascha Binder an zahlreiche Türen im Wahlkreis von **Tim-Luka Schwab** (Backnang-Schwäbisch-Gmünd), und Andreas Stoch zog mit **Parsa Marvi** in Karlsruhe um die Häuser. In Freiburg musste sich Andreas Stoch eine Verschnaufpause am rollbaren Infostand von **Julia Söhne**, den er zuvor selbst mit dem Fahrrad durch Freiburg gefahren hatte, erst einmal durch Plakatieren verdienen, während bei kleinen Festen wie mit **Patrick Diebold** (Karlsruhe-Land) der Dank an die ehrenamtlichen Wahlkampf-Helfer*innen und Gespräche in lockerer Atmosphäre im Mittelpunkt standen. Beim Frühschoppen mit **Lars Castellucci** (Rhein-Neckar) wurde fleißig



> KATJA MAST

diskutiert und **Rita Schwarzelühr-Sutter** (Waldshut) lud kurzerhand alle regionalen Kandidierenden und Interessierte zu einer Wanderung auf den Feldberg ein, die bei schönstem Wetter von gemütlichem Beisammensein und regem Austausch geprägt war.

MOBILITÄT UND VERKEHR

Die Themen Mobilität und Verkehr treiben zahlreiche Regionen in Baden-Württemberg um, in der Stadt und auf dem Land. So beschäftigte sich Andreas Stoch bei seinen Besuchen mit **Urs Abelein** (Waiblingen), **Kevin Leiser** (Schwäbisch Hall-Hohenlohe) und **Dejan Perc** (Stuttgart II) mit dem Ausbau von Straßennetzen, Lärmschutz und Umweltschutz. Bei **Macit Karahmetoglu** (Ludwigsburg) ging es um den barrierefreien Zugang zu Bahnhöfen und Haltestellen. Sascha Binder besuchte gemeinsam mit **Lina Seitzl** (Konstanz) die Bodensee-Schiffsbetriebe und ließ sich einen Einblick in die engagierten Klimaschutzbemühungen des Unternehmens geben. Bei allen Besuchen wurde klar: Mobilität bedeutet auch Teilhabe, für alle Menschen, auf dem Dorf und in der Innenstadt. Durch gute Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene gilt es jetzt, einen Neustart für bessere Mobilität einzuleiten.



> LUCIA SCHANBACHER

JUGEND- UND VEREINSARBEIT

Die Corona-Pandemie hat Jugend- und Vereinsarbeit vor große Herausforderungen gestellt. Umso wichtiger, sich jetzt mit der Frage zu beschäftigen, wie dieser Bereich wieder vorangetrieben werden kann, der für viele junge Menschen so wichtig ist. Wie Sascha Binder auf seiner Tour erfuhrt, geht die Eishockey-Mannschaft Bietigheim-Bissingen Steelers im Wahlkreis von **Thomas Utz** mit gutem Beispiel voran. Das Jugendwerk Heidelberg im Wahlkreis von **Elisabeth Krämer** ließ sich in diesem Jahr digitale Veranstaltungen einfallen. Das Fazit: Reale Treffen lassen sich dadurch nicht ersetzen. Und **Lucia Schanbacher** (Stuttgart I) zeigte Andreas Stoch, dass „Respekt“ nicht nur das Wahlkampf-Motto der SPD ist, sondern auch eine zentrale Rolle beim Rugby spielt.



> LEON HAHN

EINZELHANDEL UND GASTRONOMIE

Auch Einzelhandel und Gastronomie wurden schwer von Corona getroffen. Welche kreativen Lösungen es gibt, erfuhren Sascha Binder und **Leon Hahn** im Wahlkreis Bodensee: Ein Modehaus wurde durch Corona virtueller, gewann sogar neue Kund*innen hinzu. Auf Sascha Binders und **Isabel Cademartoris** Fahrrad-Tour durch verschiedene Cafés in Mannheim wurde über städtische Auflagen und die Beschaffung von Luftfilteranlagen diskutiert – Herausforderungen, die viele Gastronom*innen beschäftigen. Alle waren sich einig: Cafés müssen unbedingt erhalten bleiben als ein Ort, wo Menschen zusammenkommen.



> PATRICK DIEBOLD

REGIONALITÄT

Regionalität wird in Baden-Württemberg großgeschrieben und muss gefördert werden, das wurde bei Andreas Stochs Besuchen bei **Katja Mast** (Pforzheim) und **Mirko Witkowski** (Rottweil - Tuttlingen) deutlich. Die familiengeführte Ölmühle Illingen legt Wert auf die Herstellung regionaler Produkte und ließ die Anwesenden am Produktionsprozess ihres Walnussöls teilhaben. Auf dem Biolandhof gab es nach einer



> ROBIN MESAROSCH

Mountainbike-Tour Kostproben des selbst hergestellten Käses, während die Eigentümer*innen zu Biolandwirtschaft, der Beherbergung von Feriengästen und der hofeigenen Käserei informierten. Erkenntnis: Regionale Produkte müssen mehr Wertschätzung erfahren.



> RITA SCHWARZELÜHR-SUTTER

INNOVATIVE UNTERNEHMEN

Unternehmen können auf vielfältige Weise innovativ sein, sei es durch die Förderung von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte wie beim Kunststoff-Unternehmen Akgün im Wahlkreis von **Urs Abelein** (Waiblingen), durch die Erfindung nachhaltiger Prozesse wie beim Global Player für Spezialchemikalien CHT Germany GmbH bei **Martin Rosemann** in Tübingen oder flexibleres Arbeiten, wie es das Böblinger Software-Unternehmen Compart AG bei **Jasmina Hostert** macht. Wichtig ist: Wir müssen die Unternehmen unterstützen, die gute Ideen umsetzen wollen. Und dabei auch junge Gründer*innen auf dem Land mitdenken, wie der Austausch mit einem Start-Up im Wahlkreis von **Robin Mesarosch** (Zollernalb-Sigmaringen) zeigte.

Alle Tourtermine unter spd-bw.de/sommertouren-btw-2021/



HEISSE TAGE, HEISSE PHASE

An einem heißen Wochenende im August fiel unser Startschuss für den Bundestagswahlkampf, zugleich begann die Briefwahl. Wir sind mit einem Litomobil, beladen mit Infoflyern zur Briefwahl und unseren Themen, Sonnencreme und Wassereis durchs Land getourt. Auch Olaf Scholz hatten wir im Gepäck – zumindest auf der Fotoleinwand.

Am ersten Tag waren wir unter anderem auf dem Christopher Street Day in Mannheim, am Badesee in Untergrombach und in Freiberg am Neckar unterwegs.

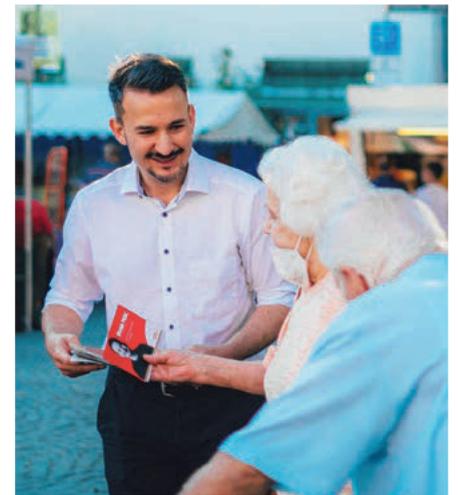
Tag Zwei widmeten wir einer anderen Ecke Baden-Württembergs: den Wahlkreisen rund um den Bodensee. Nichts

Neues, dass es heutzutage schwierig werden kann, Flyer an den Mann oder die Frau zu bringen – jedoch nicht, wenn man bei 30 Grad gleichzeitig noch ein Wassereis anbietet.

Auch die Touristinnen und Touristen am Schwäbischen Meer kamen dabei nicht

zu kurz: Ihrem „Wir sind nicht von hier“ konnten wir einfach entgegnen, dass man die SPD und Olaf Scholz zum Glück ja überall in Deutschland wählen kann.

Wenn ein Wahlkampf so startet, kann das Ergebnis nur gut werden.





VOLLER MARKTPLATZ IN KARLSRUHE

ERFOLGREICHER AUFTAKT DER „SCHOLZ PACKT DAS AN“-TOUR IN BADEN-WÜRTTEMBERG AM 23. AUGUST

Offen, entspannt und diskussionsfreudig – so begegnete Olaf Scholz rund 750 Bürger*innen auf dem Marktplatz in Karlsruhe. Das Interesse war groß, die Stimmung riesig. Der Zuspruch, den Olaf Scholz von den Menschen erfährt, war beim Zukunftsgespräch deutlich spürbar. Und Olaf Scholz? Blieb gelassen und zeigte sich demütig.

Zahlreiche Menschen sammeln sich bereits weit vor Veranstaltungsbeginn vor der Bühne auf dem Karlsruher Marktplatz. Teils spontan auf dem Nachhauseweg hängengeblieben, teils gezielt von weit her angereist – sie alle wollen den Kanzlerkandidaten der SPD live erleben. Und dann ist es so weit. Olaf Scholz kommt auf den Marktplatz, winkt, lässt sich fotografieren. Gute Stimmung liegt in der Luft, die Besucher*innen scheinen dem Kanzlerkandidaten wohlgesonnen.

Auch die Landespresse ist zahlreich erschienen und Olaf Scholz gibt bereitwillig Interviews. In der Zwischenzeit sorgen die regionalen Bundestagskandidierenden, Katja Mast (Wahlkreis Pforzheim), Gabriele Katzmarek (Wahlkreis Rastatt), Neza Yildirim (Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen), Patrick Diebold (Wahlkreis Karlsruhe-Land) und Parsa Marvi (Wahlkreis Karlsruhe-Stadt) für die richtige Einstimmung.

FLAMMENDE REDE VON OLAF SCHOLZ

Parsa Marvi bittet Olaf Scholz schließlich auf die Bühne. Der Kanzlerkandidat macht direkt zu Beginn seiner Rede ohne Umschweife klar: Wir wollen ab September eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung. Und erntet dafür prompt den ersten großen Schwung Applaus. Man könnte meinen, nur begeisterte Sozialdemokrat*innen sind im Publikum, doch die Fragen im Verlauf des Gesprächs zeigen, dass auch Kritiker*innen und Mitglieder anderer Parteien gekommen sind.

Zwei große Vorhaben hat sich Olaf Scholz

für das erste Jahr seiner Kanzlerschaft vorgenommen: Einen Mindestlohn von 12 Euro umzusetzen und Maßnahmen zu ergreifen, um den menschengemachten Klimawandel aufzuhalten. Dabei darf eine kleine Stichelei in Richtung der Grünen nicht fehlen: „Bei unseren besten Freunden von den Grünen ist es so, dass sie eine klitzekleine Umsetzungsschwäche haben.“ Lachen aus dem Publikum. „Zwölf Windkraftanlagen in Baden-Württemberg im letzten Jahr sind nicht der Beweis von Entschlossenheit. Aber gemeinsam kriegen wir das wahrscheinlich hin“, sagt Olaf Scholz.

Trotz guter Umfragewerte ruft der

SPD-Kanzlerkandidat die anwesenden Genoss*innen zu Demut auf. Die Umfragewerte gäben zwar Hoffnung und böten Chancen für einen Aufbruch, aber zunächst müssten alle überzeugt werden. Und sagt weiter mit einem Augenzwinkern: „Wer einen Kanzler Scholz will, der kriegt das nur, wenn er einen Trick verstanden hat: Ein Kreuz bei der SPD.“

VIEL ZEIT FÜR DIE FRAGEN DER BÜRGER*INNEN

Nach seiner Rede nimmt sich Olaf Scholz noch mehr Zeit für die Fragen der Bürger*innen. Es schießen direkt die ersten Hände in die Höhe. Gefragt werden darf alles, was den Menschen auf den Herzen brennt. Bei den Zukunftsgesprächen gibt es keine Einschränkungen, keine Vorauswahl, keine Frage ist zu heiß.

Und die Menschen haben keine Scheu, ihre Fragen zu stellen, greifen den teils lockeren Ton von Olaf Scholz' Rede direkt auf. Es werden auch viele kritische Fragen gestellt: Wie kann es sein, dass im Bundesfinanzministerium jahrelang die Hinweise und Gerüchte zu Wirecard nicht wahrgenommen wurden? Muss es wirklich sein, dass die Bundesregierung Unsummen an Geld für Berater*innen ausgibt? Wie hält es Olaf Scholz mit der Koalitionstreue (Stichwort: Transsexuellengesetz)? So steht Olaf Scholz auf der Bühne, aufmerksam, und wartet geduldig auf die nächste Frage, ohne vorher zu wissen, was als Nächstes kommt. Er nimmt sich Zeit für die Beantwortung.

Als sich die Veranstaltung dem Ende zuneigt, hat man das Gefühl, Olaf Scholz würde am liebsten bleiben und weitere Fragen beantworten. Und das macht er auch, abseits der Bühne, auf dem Weg zum Auto. Er spricht mit den Menschen, gibt Autogramme, macht Selfies. Und so endet die Veranstaltung, wie sie begonnen hat: mit einem entspannten Kanzlerkandidaten zwischen wohlgesinnten Bürger*innen.



#meineBeitrittsgeschichte

Holt das Popcorn, wir erzählen unsere SPD-Geschichten!

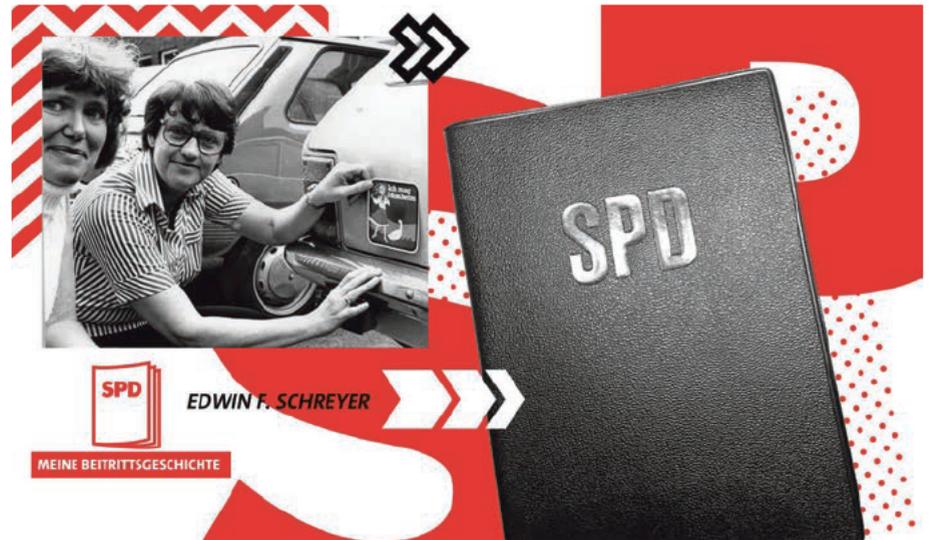
Wir sind die mitgliederstärkste Partei, die sich nicht erst seit gestern für Solidarität, faire Löhne und Klimaschutz einsetzt. Unsere Mitglieder sind unsere größte Stärke, deshalb: Erzählt uns gerne eure eigene Beitrittsgeschichte oder sprecht doch mal SPD-Mitglieder an, die ihr kennt und die Spannendes, Nostalgisches, Rührendes über ihren Beitritt und die Parteiarbeit zu erzählen haben.

Schickt uns eine Mail an kommunikation-bw@spd.de

EDWIN F. SCHREYER AUS SANDHAUSEN

„Ich trat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, meiner SPD, am 27. Oktober 1969, im SPD-Unterbezirk Rhein-Wupper, OV Monheim, bei. Damals wohnte ich Baumberg, dem nördlichen Stadtteil Monheims. Als gebürtiger Düsseldorfer fühlte ich mich hier wohl in meinem von der „Neuen Heimat“ gerade erworbenen Reihnhaus. Mit nur 1.700 DM Bargeld konnte ich das 71.000 DM teure Haus (in einer Reihe von sieben Häusern war es das sechste) in Erbpacht kaufen. Die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) gab mir als Gewerkschaftsmitglied der IG Druck und Papier einen sehr günstigen Kredit über 10.000 DM, der, eingetragen als zweitrangige Hypothek, mit vier Jahren Laufzeit, mich die benötigte Anzahlungssumme von 11.700 DM erreichen ließ. Das waren noch Zeiten! Die Wirtschaft ging aufwärts. Die Löhne stiegen Dank der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Der Kredit konnte problemlos zeitgerecht nach vier Jahren getilgt und die Hypothek gelöscht werden.

Konrad Adenauer, damals Kanzler, hörte nicht auf, Willy Brandt zu beschimpfen und zu verunglimpfen. Was mich sehr ärgerte. Hatte doch Adenauer mit Glob-



ke jahrelang einen Kanzleramtschef, der ein Nazi-Jurist war. In Nordrhein-Westfalen stellte die SPD erstmals den Ministerpräsidenten, Heinz Kühn. Und damit das so blieb, engagierte ich mich bei den Jungsozialisten im Rhein-Wupper-Kreis. In Baumberg sorgten wir, zusammen mit Ingeborg Friebe (Stadt- und Kreisrätin in Monheim und die erste Frau, die ab 1970 als Vorsitzende den SPD-Unterbezirk Rhein-Wupper führte), für die Anbringung eines ersten Fußgängerübergangs mit „Zebrastrifen“ und richteten eine Jugenddisco in nicht mehr benötigten „Kindergarten-Containern“

ein. Und Heinz Kühn erhielt über 49% der Wählerstimmen. Monheim hatte in Heinrich Häck einen blinden, aber stets vorausschauenden SPD-Bürgermeister.

Seit 1976 wohne ich nun im „Badischen“ und seit 1979 in Sandhausen. Die SPD war für mich immer „meine“ SPD – sozial und demokratisch. Und das seit nunmehr fast 52 Jahren.“

Auf dem Foto: Ingeborg Friebe (Stadt- und Kreisrätin in Monheim)



THERESIA ROSENBERGER AUS LÖFFINGEN

„Tatsächlich bin ich die Erste in meiner Familie, die überhaupt in eine Partei eintritt. Überrascht habe ich mit meinem Beitritt aber niemandem, ich war schon immer politisch interessiert und argumentiere immer in Richtung soziale Gerechtigkeit und Respekt.

In meinem Freundeskreis sind relativ wenige in einer Partei, aber es gab keine negativen Reaktionen, eher Anerkennung: Oha, du bringst dich da wo ein, das ist cool! Trotzdem war es ein großer Schritt, in eine Partei einzutreten, die

feste Werte vertritt, für die man sich gegebenenfalls auch rechtfertigen muss.

Es war so ein Prozess, der sich über Jahre hingezogen hat. Ich hatte schon immer Sympathien für die SPD, ich muss aber tatsächlich sagen, dass ich mich über keine demokratische Partei manchmal so geärgert habe wie über die SPD. Ich bin von den Grundwerten der Partei sehr überzeugt, fand aber die Durchsetzung teilweise mangelhaft. Und es gab ja immer die Kritik an der SPD, Stichwort Profillosigkeit, die auch zu mir durchgedrungen ist.

Aber das hat sich geändert in den letzten ein bis zwei Jahren. Die sozialdemokratischen Grundwerte haben sich in der SPD-Corona-Politik ganz stark gezeigt und schlagen sich jetzt auch im Wahlprogramm nieder, zum Beispiel bei 12,- € Mindestlohn oder der Kindergrundsicherung.

Ich habe mich während der Krise nochmal mehr mit Politik beschäftigt und geschaut: Was machen die einzelnen Parteien da konkret? Und ich fand die SPD hat hier einfach Profil und Durchsetzungskraft gezeigt, etwa beim Kurzarbeitergeld. Während meines Praxisseminesters habe ich mitbekommen,

wie wichtig das Kurzarbeitergeld für meine Kolleginnen und Kollegen war. Deshalb dachte ich: Jetzt ist es wichtig, dass du eintrittst und auch für etwas einsteht.

In meinem Ortsverein möchte ich mich beim Thema Digitalisierung einbringen, weil ich mich damit privat stark beschäftige und mir zum Beispiel selbst Programmieren beigebracht habe. Im



Master würde ich gern „Human Factors Engineering“ studieren, also die Interaktion zwischen Mensch und Maschine. Bei Digitalisierung geht's oft nur um Breitbandausbau, andere Themen kommen zu kurz oder werden nur unkonkret behandelt. Dabei ist Künstliche Intelligenz für mich eigentlich ein klassisches SPD-Zukunftsthema, wenn es um Produktionsautomatisierung und Arbeitsplätze oder auch Arbeitnehmerschutz geht.“